

Verein der Völkermordgegner e.V. Frankfurt / Main

Soykırım Karşıtları Derneği (SKD); Kontakt : Ali Ertem Tel. & Fax: 0049/69/5970813;
E-Mail: genozidgegner@hotmail.com

Aufruf an türkeistämmige demokratische Institutionen und Persönlichkeiten anlässlich
des 89. Jahrestages des Völkermordes an den Armeniern und den Aramäern/Syrern

Frankfurt, im März 2004

Schluss mit der Verleugnung der historischen Tatsachen, den Lügen, Verleumdungen und dem Hass! Sofortige Anerkennung des Völkermordes!

Die Wahrheit kann nicht mit Lügen und Verleumdungen auf Dauer verschleiert werden

Liebe Freunde,

obwohl sich der Völkermord von 1915 nun zum 89. Mal jährt, wird nach wie vor versucht, die historischen Tatsachen vor der Gesellschaft der Türkei zu verstecken. Es wird bewusst versucht, die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit ihrer eigenen Geschichte zu verhindern. Der ideologische und politische Druck des Staates stellt das größte Hindernis vor diesem für die Zukunft der Gesellschaft existentiellen historischen Prozess dar.

Den Aussagen zufolge, die sich auf Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen von internationalen Genozidforschern und Historikern stützen, sind in den Jahren 1912 bis 1922 infolge staatlich organisierter Massaker und Deportationen 2,1 Millionen Armenier, 750.000 Griechen osmanischer Staatszugehörigkeit sowie 600.000 Aramäer/Syrer ums Leben gekommen.¹ Anders formuliert: Etwa fünf Millionen Christen osmanischer Staatszugehörigkeit lebten vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges in jenem Gebiet, das seit 1923 die Republik Türkei bildet. Der Anteil der christlichen Bevölkerung vor dem Völkermord machte bis zur 35% der Gesamtbevölkerung aus. Heute beträgt die Zahl der christlichen Bevölkerung dort nur noch 0,15 Prozent. Dieser krasse Rückgang ist

¹ Obgleich diese Zahlenangaben je nach Quelle divergieren, ist ihnen doch eines gemeinsam: nämlich, dass dieser Vernichtungszug mit der Absicht des Völkermordes planvoll und systematisch von staatlicher Hand durchgeführt wurde.

„Gestützt auf Augenzeugenberichte und wissenschaftliche Analysen beklagen die betroffenen Ethnien:

- die Vernichtung von 2,1 Millionen Armeniern bei Massakern und Todesmärschen in den Jahren 1915 bis 1922, davon anderthalb Millionen in den Jahren 1915 und 1916

- die Vernichtung von mindestens 750.000 Griechen bei Massakern, Vertreibungen und Todesmärschen in Ost-Thrakien, Ionien, Kappadokien und im Pontos in den Jahren 1912 bis 1922, davon allein 353.000 Pontosgriechen im Zeitraum 1916 bis 1922

- die Vernichtung von bis zu 500.000 Aramäern/Assyrern bei Massakern in den Jahren 1914 bis 1918, davon 90.000 bis 100.000 Angehörige der syrisch-orthodoxen Kirche.“

Mitglieder des Organisationskomitees „Mit einer Stimme sprechen“:

Arbeitsgruppe f. d. Anerkennung des Völkermordes an den Griechen Kleinasiens (Pontos, Kappadokien, Ionien) u. Ost-Thrakiens - Armenische Gemeinde zu Berlin e.V. - Gemeinde der armenischen Kirche zu Berlin e.V. - Gesellschaft für bedrohte Völker, Koordinationsgruppe Armenien - Informations- und Dokumentationszentrum Armenien - Institut für Armenische Fragen e.V. - Föderation der Aramäer (Suryoye) in Deutschland e.V. - Assyrian-Chaldean-Syriac Union (ACSU)

Berlin, den 28. April 2002.

Eine ausführlichere Erörterung der griechischen Opferzahlen enthält der Sammelband Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Christen im Osmanischen Reich 1912-1922. Hrsg. Tessa Hofmann. Münster, 2004 (erscheint demnächst)

nicht mit Flucht und Auswanderung zu erklären. Wir haben stets gefragt: Anatolien, wo sind deine christlichen Kinder?

Zu den charakteristischen Eigenarten der türkischen Nationenbildung und der türkischen Republik gehört die Verleugnung dieser historischen Tatsachen ebenso wie die Verleugnung der Existenz von unter ihrer Herrschaft lebenden nichttürkischen Völkern. Folglich bleiben die Genozide an den christlichen Völkern und das daraus resultierende monoethnische Staatsverständnis das „unberührbarste“ Tabu der herrschenden Geisteshaltung.

In der internationalen Öffentlichkeit längst desavouierte Argumente, wie „Kollaboration mit dem Feind“, „Verendung an Hunger und Krankheit“, „Maßnahmen gegen eine Rebellion“, „gegenseitige Massaker“ oder „in Wahrheit waren die Türken Opfer eines Genozids“, bilden nach wie vor die offiziellen türkischen Thesen.²

Leider zeigen die vergangenen 89 Jahre, dass sich nichts an der in der Gesellschaft vorherrschenden Mentalität geändert hat. Die seit der Republikgründung von Seiten der Herrschaftseliten begründete Geschichtsschreibung hat sich von Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsethik vollkommen entfernt. Insbesondere die jüngsten Initiativen des Staates zur Vertiefung der Geschichtsverfälschung haben ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Dieser Umstand hat erstmalig in der Geschichte der türkischen Republik dazu geführt, dass sich in Verbindung mit dem Genozid und gegen die rassistische Geschichtsverfälschung in der Mehrzahl in der Türkei ansässige Intellektuelle (Journalisten, Schriftsteller, Künstler, Juristen, Wissenschaftler, Menschenrechtler, Arbeiter, Hausfrauen usw.) zu einer breit gefächerten gesellschaftlichen Gruppe zusammengeschlossen haben.³ Ohne Zweifel gibt uns diese Entwicklung Anlass zu Hoffnung und Begeisterung, und sie ist ein Beleg dafür, dass der Staat nicht mehr verhindern kann, dass ein Tabu gebrochen und die Tatsachen ans Tageslicht befördert werden. Diese Entwicklung dokumentiert zugleich auch den Widerstand, den die sich der Wahrheit verschriebenen und menschenrechtlich engagierten Intellektuellen in der Türkei und die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die sie anführen, gegen die staatlich initiierte Lügenpropaganda leisten.

² Die Träger der genozidalen Geisteshaltung verteidigen mit der gleichen Kaltblütigkeit die Mörder und ihre Taten. Die folgenden Zeilen vergegenwärtigen uns, dass auch heutzutage noch die Nachfahren von Völkermorden in keinem anderem Land so sehr der Beleidigung und Verleumdung ausgesetzt sind, wie in der Türkei: „Darüber hinaus sei gesagt, dass falls der osmanische Staat sich seiner armenischen Volksgruppe hätte entledigen wollen, er dies auf dem Wege der Assimilation oder unter Verweis auf den Kriegszustand hätte machen können. Im Gegenteil aber führten die Armenier innerhalb des Reiches sogar ein komfortableres Leben als die Türken. Wie bereits angemerkt wurde, wurden Evakuierungen unumgänglich, als die Armenier, die sich Träumen darüber hingegeben hatten, wie sie die ihnen im Ersten Weltkrieg zugefallenen Gebiete behalten und ein unabhängiges Armeniengründen könnten, anfangen, dem osmanischen Staat in den Rücken zu fallen. **Die Evakuierung der Armenier bezweckte nicht ihre Auslöschung, sondern die Sicherheit des Staates sowie den Schutz desselben und bildet somit die erfolgreichste Evakuierungsmaßnahme der Welt.**“ („Die Armenierfrage, Behauptungen und Tatsachen“, aus der Schrift zur Bekanntmachung des Pseudomahnmals in der Stadt Iğdir, unsere Hervorhebung)

³ Die zivilgesellschaftliche Initiative mit dem Namen „Gruppe zur Beobachtung der Geschichte für den Frieden“ drückt ihre Sorgen bezüglich der Thematik folgendermaßen aus: „Sowohl als Bürger als auch als Eltern befürchten wir die Konsequenzen, die das Rundschreiben des Erziehungsministeriums vom 14. April 2003 hat und haben wird. **Die Maßnahmen, die mit der Begründung begonnen wurden, die „haltlosen Behauptungen vom Völkermord an den Armeniern sowie die pontischen und syrischen Behauptungen“ in den Geschichtsunterricht aufzunehmen, die Nachgestaltung der Curricula, die Ausbildung der Lehrkräfte, die Revision der Lehrbücher in diesem Sinne, der Aufsatzwettbewerb, - all das zeigt, dass die Geschichte in einer die Feindschaft schürenden und rassistischen Art und Weise gelehrt werden soll.**“ (Hervorhebung der Gruppe zur Beobachtung der Geschichte für den Frieden. Aus dem Aufruf zur Unterschriftensammlung gegen die Geschichtsverfälschung)

Die Verleugnung des Völkermordes ist nicht nur ein Angriff auf die Würde der Opfer und ihrer Nachkommen, sie ist zugleich ein Angriff auf die Würde der ganzen Menschheit. Die Anerkennung des Völkermordes ist eine Bedingung für die Wiedererlangung unserer menschlichen Würde.

Der Genozid von 1915 ist ein **Schandfleck** auf der Stirn unserer Gesellschaft. In seiner Qualität unterscheidet er sich insofern von anderen dunklen Kapiteln unserer Geschichte, als es sich um ein Völkermordverbrechen handelt. Es ist unmöglich, diesen Schandfleck ohne Verurteilung dieses Völkermordes im Gewissen unserer Gesellschaft zu beseitigen. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil keine Untat die Atmosphäre zwischen dem türkischen Volk und den Opfervölkern des Genozids so sehr vergiftet wie die Verleugnung selbst. Der Schrei und das Verlangen nach Recht und Gerechtigkeit der in nur sieben bis acht Jahren in ihren weit über dreitausendjährigen Siedlungsgebieten ausgerotteten Völker (Armenier, Aramäer, und Griechen) wird als eine „Verunglimpfung“ der türkischen Nation bezeichnet. Die Möglichkeit, eines Tages in ihre Heimat zurückzukehren, wurde denjenigen, die ihr bloßes Leben retten wollten und alles Hab und Gut zurückließen, um dann in die Welt verstreut zu werden, für immer genommen. Aus diesem Grund geben sie die Ketten des Exils immer wieder an ihre Nachkommen weiter. Was diejenigen betrifft, die trotz aller Erniedrigungen und Repressalien als „verdächtige Fremde“ im eigenen Land bleiben mussten, so ist es ihnen sogar verboten, ihrer Toten zu gedenken. Welcher Schmerz kann für diese Völker eigentlich noch größer sein, kennt er doch kein Ende? Und ebenso, welche Scham kann für uns noch größer sein und zugleich nie ein Ende nehmen?

Der Staat, der den Lehrstühlen der türkischen Universitäten die Weisung gibt, die türkische Nation als „Völkermordopfer“ darzustellen, **verwehrt gleichwohl unabhängigen Forschern den Zugang zu den Geschichtsarchiven**. Zugleich nehmen die Provokationen kein Ende. Ein **Pseudomahnmal** wird an der armenischen Grenze errichtet. All diese Maßnahmen gehen mit Bestrebungen einher, die der Gesellschaft ohnehin ständig aufoktrozierte Gewaltverherrlichung zusätzlich zu verstärken. Anstatt den dringenden Problemen der Gesellschaft mit gerechten und klugen Lösungen abzuhelfen, erstickt der Staat die Gesellschaft in einem Gestrüpp von Problemen. In der Konsequenz richtet sich die organisierte Gewalt des Staates gegen die Gesellschaft selbst. Die ständig aufrechterhaltene Angst und Spannung macht vor allem den nichttürkischen Völkern sowie der großen Mehrheit der Bevölkerung das Leben unerträglich.

Es ist wahr, dass die täglichen nationalen und konfessionellen Repressalien, die zur Alltagspraxis gewordene Folter, die Angriffe gegen die Menschenwürde, wie Einschüchterung und Vergewaltigung, die Entführung und das Verschwindenlassen von Regimegegnern sowie die willkürliche Haltung gegenüber der Rechtsstaatlichkeit zu einem Vertrauensverlust der Gesellschaft in ihre Zukunft führen. Der Staat, dem jedes Mittel Recht ist, die gesellschaftliche Opposition zum Schweigen zu bringen, hat nicht die Kraft, die den moralischen Zerfall vertiefende Korruption zu verhindern, die die Gesellschaft zersetzende Arbeitslosigkeit und Armut in den Griff zu bekommen und ebenso wenig, lebenswichtige Probleme der Gesundheit und Bildung zu lösen, ganz so, als ob all dies nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen würde.

Unserer Meinung nach steht diese staatlich verursachte und inzwischen chronische Krise der Gesellschaft in direkter Verbindung mit der genozidären Vergangenheit. Die Verleugnung des Genozids verhindert den Fortbestand des Systems ohne Massaker und Spannungen. Die gnadenlose Unterdrückung der Kurden, die sich gegen die grenzenlose Unterdrückung und Folter wehren, die unsere Gesellschaft periodisch erdbebenartig erschütternden antialevitischen, antijüdischen und antichristlichen Pogrome reichen wie ein ununterbrochener roter Faden bis in unsere heutigen Tage hinein.

Ohne dass der Genozid als historische Tatsache anerkannt und im öffentlichen Gewissen verurteilt wird, ohne dass wir unsere historische Verantwortung übernehmen⁴, um die Wunden des Völkermordes zu heilen, ohne dass ein langatmiger und umfangreicher Kampf beginnt, um den Einfluss der genozidären Geisteshaltung zu durchbrechen, wird kein politischer Zusammenschluss den gegenwärtigen Zustand überwinden können. Wunderleistungen im Dienste der Menschheit zu vollbringen, wird immer der Traum einer Gesellschaft bleiben, die trotz ihrer genozidären Vergangenheit, gegenüber den Opfervölkern nicht zu Trauer und Scham in der Lage ist. Denn die rassistischen und religiösen Vorurteile, unter deren Einfluss die Gesellschaft steht, sind nicht nur eine Sache der davon profitierenden rückschrittlichen Kreise; gleichzeitig stellen sie Ketten in den Köpfen der breitesten Arbeiterschichten dar. Dies ist der Grund, weshalb unsere Menschenwürde weiterhin mit Füßen getreten wird.

Wie schwer es auch sein mag, wir müssen unsere ehrenwerte historische Pflicht übernehmen.

So wie es nicht möglich ist, gegen die Menschheit begangene Völkermordverbrechen zu verschleiern, so ist es auch nicht möglich, dass diese Verbrechen eines Tages verjähren. Die Autoritäten, die trotz ihrer Schuld versuchen, diese Verbrechen zu leugnen und zu rechtfertigen, bergen jederzeit das Potential neuer Verbrechen gegen die Menschlichkeit in sich. Das gilt auch für die Türkische Republik, die seit 89 Jahren den Völkermord leugnet.

Die Türkische Republik missachtet seit ihrer Gründung von ihr unterzeichnete internationale Abkommen zum Schutze von nichttürkischen Minderheiten. Das Abkommen von Lausanne ist Gegenstand dieser willkürlichen Haltung, und keines der als Minderheit anerkannten Völker konnte bis jetzt tatsächlich von seinen Rechten Gebrauch machen. Beispielsweise nahmen die Repressionen gegen die Juden bereits in den Gründungsjahren der Republik so sehr zu, dass jüdische Vertreter in einer schriftlichen Erklärung verkünden mussten, sie verzichteten auf die ihnen vom Lausanner Abkommen eingeräumten Rechte.⁵

⁴ Die Anerkennung des Völkermordes durch Deutschland kann uns hier als Beispiel dienen. Der Bundeskanzler seiner Zeit, Willy Brandt, hat mit seinem Kniefall vor dem Warschauer Völkermordmahnmal seine Trauer und Scham für die von den Nazis gegen die Menschheit begangenen Völkermorde zum Ausdruck gebracht und im Namen der Bundesrepublik bei den Opfervölkern um Vergebung gebeten. Obwohl es einen begrenzten Kreis betrifft, hat die Bundesrepublik akzeptiert, Entschädigungszahlungen wegen der gegen die Menschlichkeit begangenen Verbrechen zu leisten. Ganz gleich wie sein System beschaffen ist, ein Deutschland, das sich seiner Nazivergangenheit stellt und die richtigen Lehren daraus zieht, wird es schaffen, seinen demokratischen Kern zu behaupten, die Menschenrechte achten und folglich einen ehrenwerten Platz innerhalb der Völkergemeinschaft einnehmen. Ein Deutschland jedoch, das versucht, einen Schlussstrich unter seine Geschichte zu ziehen, die historischen Tatsachen zu revidieren und seine Augen vor dem Antisemitismus zu verschließen, wird die Völkergemeinschaft und insbesondere die Nachkommen der Opfervölker gegen sich haben. Es wird die ihm um den Preis des Todes von zehntausenden Nazi-RegimegegnerInnen und von Millionen Mitgliedern der Widerstand leistenden Völker zuteil gewordene Demokratie zerstören und somit sein eigenes Ende bereiten.

Was die ihre genozidäre Vergangenheit verleugnende Türkei betrifft, so ist uns allen bekannt, dass sie weder ihren ideellen noch ihren materiellen Pflichten nachkommt. Es genügt jedoch daran zu erinnern, dass diejenigen sich im Irrtum befinden, die glauben, dieser Zustand könne sich bis in alle Ewigkeit fortsetzen.

⁵ Die 1920er Jahre gelten als die Zeit, in der der Antisemitismus in der Türkei begann, sich auf rassistische Grundlagen zu stützen. Die Treuebekundungen der Juden gegenüber der Türkischen Republik, die Anpassungsleistungen, die sie auf sich nahmen, um nicht aufzufallen, sowie ihre wirtschaftliche Opferbereitschaft reichten nicht aus, um als Bürger anerkannt zu werden. All diese Anstrengungen konnten nicht verhindern, dass die dunklen Kräfte des Staates eine gemeine Provokation einfädelten. Am 26. Februar 1926 veröffentlichten die staatsnahen Zeitungen der Türkei ein Telegramm, das die angebliche Verbundenheit der Juden mit Spanien dokumentieren sollte. Die gesellschaftliche Atmosphäre war daraufhin wie auf einmal vergiftet. Die Beleidigungen und Verleumdungen nahmen kein Ende mehr. Bevor die Sache noch größere Kreise zog, musste die jüdische Bevölkerung Maßnahmen ergreifen. Was danach passierte, schildert Avner Levi folgendermaßen: *„Während die Angriffe in den Zeitungen jeden Tag andauerten, ging eine jüdische Delegation nach Ankara, um mit den Verantwortlichen über die Organisation von jüdischen Einrichtungen und den Rechten aus dem Lausanner Abkommen zu beraten. Sowohl die Versammlungen dieser Delegation als auch die der jüdischen Führungsdelegation fanden unter Teilnahme von Regierungsvertretern statt, wobei die Entscheidungen zumeist unter den Direktiven dieser*

Die die Staatsmacht ergreifende pantürkistische Vereinigung „Einheit und Fortschritt“, hat mit dem Ziel, einen monoethnischen Staat zu errichten, die christlichen Völker des Reiches gezielt massakriert. Die gleichen Maßnahmen gingen auch in den Gründungsjahren der Republik weiter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Existenz des außerhalb der Kriegsgebiete lebenden pontosgriechischen Volkes mit Massentötungen und Vertreibungen in den Jahren 1919 bis 1922 ein Ende bereitet. Dieses Grauen widerfuhr ebenso Kocgiri und Armenien. Ein Teil des armenischen Gebietes wurde der Türkei zugeschlagen. In diesen Jahren wurde die Rückkehr der überlebenden christlichen Bürger in ihre Heimat mit dem Vorwand verhindert, sie seien Feinde.

Was den Völkermord betrifft, so kann die türkische Republik sich nicht von der Herrschaft „Einheit und Fortschritt“ abgrenzen. Ganz im Gegenteil sahen es die Regierungen bis in unsere heutigen Tage als ihre Pflicht an, das von der Bewegung Einheit und Fortschritt übernommene Projekt des monoethnischen Staates weiterzuführen. Dieses Projekt zielt auf die Eliminierung der sich der Türkifizierungspolitik widersetzen Völker. Die aktuelle Lage des kurdischen Volkes bewahrheitet diese Tatsache zur Gänze. Der Staat, der auf der einen Seite auf Druck der Öffentlichkeit und auf das verschiedentlich begründete Drängen von Großmächten einige kosmetische Eingriffe zur Wahrung des Scheins vornimmt, erklärt zugleich, dass jegliche Änderung des Staus quo zugunsten der Kurden im Irak ein Kriegsgrund sei. Ohne zu zögern, drohen die Generäle, dass in einem solchen Fall „viel Blut fließen“ werde. Unserer Meinung nach ist es eine Tatsache, dass einem neuen Genozid damit Tür und Tor geöffnet wurde. Sobald sich eine günstige Gelegenheit ergibt, ist die Umsetzung dieser Drohung in die Tat nur eine Frage des Zeitpunktes.

Alle diese Fakten erlegen uns auf, die Bedeutung und Wichtigkeit des 24. April 1915 richtig zu verstehen. Der 24. April ist der Jahrestag des Völkermordes an den Armeniern. Dieses Datum wird ebenso von den Aramäern als Tag des tödlichen Schlags (Seyfo), als Völkermord verstanden. Für beide Völker markiert der 24. April den Tag, an dem alles (ihr Hab und Gut, die Heimat, die tausendjährige Geschichte und Zivilisation) verloren, zwei Drittel ihrer Bevölkerung geopfert wurde und sie in alle Welt verstreut wurden und ein nicht enden wollendes Exilleben auf sich nehmen mussten. Der 24. April ist der Beginn der Übergabe von tausenden Frauen und Kindern dieser Völker an ihre Henker und der Beginn ihrer Feilbietung auf Sklavenmärkten. Der 24. April ist der historische Ausdruck des zu ihrer Persönlichkeit gewordenen, nicht endenden Schmerzes und ihrer blutenden Wunden.

Bei genauem Hinsehen erkennt man, dass der türkische Staat weder den 23. April noch den 19. Mai rein zufällig zu Feiertagen erklärt hat. Der Vorabend des Beginns der Vernichtung unserer armenischen und syro-aramäischen Nachbarn deckt sich mit dem „Feiertag der nationalen Souveränität“ am 23. April, und der 19. Mai, der „Feiertag der Jugend und des Sports“ überschneidet sich mit dem Beginn der Ausmerzungen unserer pontos-griechischen Nachbarn.

Vertreter getroffen wurden. Den jüdischen Delegationen gehörten die Juristen Schimon Levi und Nissim Massliah (Mitglied des letzten osmanischen Parlamentes, dem viel im Unabhängigkeitskrieg zu verdanken ist), Professor Avram Galanti und Henri Soryano an. Die Gespräche wurden innerhalb kurzer Zeit abgeschlossen. Die Delegation verzichtete ausdrücklich und offiziell auf die Lausanner Rechte. Zusätzlich willigte sie in die Trennung religiöser und weltlicher Angelegenheiten und somit in die Aufhebung des Einflusses des Obersten Rabbiners auf die jüdischen Einrichtungen ein. Jede Schule, jedes Waisenhaus, Altenheim, Krankenhaus und sogar jede Synagoge wurde somit völlig autonom. Es existierte keine zentrale Führungsinstanz mehr, die die Kooperation, die Harmonie und Koordination zwischen den verschiedenen Einrichtungen hätte gewährleisten können. Es wurde kein neues Statut geschaffen, das dem Obersten Rabbiner, der Gesellschaft und der modernen Republik gerecht werden konnte; ein neuer Oberster Rabbiner wurde nicht berufen, und die jüdische Bevölkerung blieb zerstreut, zersplittert und ohne Führung zurück.

Nach dem Verzicht auf die Rechte des Lausanner Vertrages ging die antijüdische Kampagne zurück und verschwand allmählich. (Nur für begrenzte Zeit natürlich! Unsere Bemerkung) Nichts konnte nachgewiesen werden, denn nichts hatte wirklich vorgelegen. Die monatelange repressive und angsteinflößende Hetze voller Beleidigungen hatte ihr politisches Ziel erreicht.“ (Avner Levi: Die Juden in der Türkischen Republik. Istanbul: Iletisim Verlag, S. 73, 1996)

Was kann die Absicht einer Geisteshaltung, die den Vorabend und den Jahrestag der Verbrechen gegen die Menschheit zu Feiertagen erklärt, sonst sein als den Hass und die Feindschaft gegen die Opfervölker zu verewigen? Die tiefe Kluft zwischen Nachbarvölkern der Menschheitsfamilie, von denen eines auf der einen Seite im Namen des Feierns dem Chauvinismus huldigt und das andere seine Trauer in seine Seele graben muss, ist kein zu akzeptierender Zustand.

Die die Menschenrechte achtenden demokratischen Institutionen und die progressiven Intellektuellen der Türkei dürfen diesen Zustand nicht einfach hinnehmen. Wir müssen unbedingt gegen die Verleugnung des Völkermordes und für das Ende des immerfort gegen die Opfervölker aufrechterhaltenen Hasses in Aktion treten. Es ist unsere grundlegendste menschliche Aufgabe, am 24. April und 19. Mai den Schmerz der Opfervölker zu teilen, an den als ihre Massengräber geltenden Gedenkstätten einen Kranz niederzulegen, um unsere Trauer und Scham zum Ausdruck zu bringen und ihrer zu gedenken. Diese menschliche Geste soll nicht nur zur Beruhigung unseres Gewissens dienen, sondern ein **Zeichen an die Menschheit sein, damit solche Völkermordverbrechen nicht mehr geschehen.**

Wir nehmen das Gedenken an die schmerzlichen Verluste der Völker und den Kampf für positive Werte mit Respekt auf. Wir glauben, dass die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte unseres Landes die Bedeutung und den Stellenwert, die sie Tagen wie dem 30. März, dem 6. und dem 18. Mai oder dem 15./16. Juni zuteil werden lassen, ebenso dem 24. April zuerkennen sollten⁶. Wir glauben, dass sie Tage, wie den 19. Mai, den Feiertag der Jugend und des Sports, der nichts geringeres bedeutet als die Legitimierung der Genozide und ethnischen Säuberungen, anders bewerten sollten

Aus diesem Anlass regen wir an, an dem diesjährigen 24. April, dem 89. Jahrestag des Völkermordes, eine eintägige Mahnwache abzuhalten. Für den 90. Jahrestag des Völkermordes an den Armeniern und Assyriern, also für den 24. April des Jahres 2005, laden wir dazu ein, gemeinsam einen Kranz am Völkermordmahnmal in der armenischen Hauptstadt Jerewan sowie am Gedenkstein für die assyrischen Opfer im Dorf Arsni (Republik Armenien) niederzulegen, um der Opfer zu gedenken und das Leid des armenischen und syro-aramäischen (assyrischen) Volkes zu teilen.

Wir als Mitglieder des Vereins der Völkermordgegner würden gerne unsere fünfjährigen Erfahrungen mit Ihnen teilen. Wir sehen es als unsere ehrenwerteste menschliche Pflicht an, all unsere vorhandenen Möglichkeiten zu diesem Zwecke einzusetzen.

Über Einzelheiten der Organisation dieser Mahnwache wird Sie in den nächsten Tagen unser Verein in Kenntnis setzen.

Im Namen des Vereins der Völkermordgegner

Ali Ertem,

I. Bülent Gül

Dieser Aufruf wird von folgenden Persönlichkeiten unterstützt:

Yelda Özcan (Schriftstellerin, Journalistin)

Hülya Engin (Menschenrechtlerin)

Dogan Akhanli (Schriftsteller, Übersetzer)

⁶ 6. Mai ist der Hinrichtungstag der Gründer der „Revolutionäre Befreiungsarmee THKO, Deniz Gezmiş, Hüseyin İnan, Yusuf Aslan; 18. Mai ist der Hinrichtungstag des Gründers der Kommunistischen Partei der Türkei / Marxisten - Leninisten İbrahim Kaypakkaya; Diese Tage werden durch die Türkei-Linke als Trauertage gedenkt.

15. – 16. „Ehrenhafter Arbeiter Aufstand“ (auf türkisch: 15 – 16 Haziran Şanlı İşçi Direnişi) die durch Türkei- Linke ebenfalls gedacht und geehrt wird.